Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin
November 2013

In dieser Ausgabe:

100 - Tage - Programm	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Meinungen	Seite 7
Demokratiebildung	Seite 8

Termine

Eine Straße liest

Am 9.11.2013 ist Helmut Holter bei der 10. Spendenaktion „Eine Straße liest“ wieder mit dabei. Um 17:00 Uhr wird er aus dem Buch „Monsieur Bougran in Pension“ von Joris-Karl Huysmanns im Weinhaus Wöhler vorlesen.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SCHWERIN

Donnerstag 14. November 2013 ,19.00 Uhr
Schleswig-Holstein-Haus

Demokratie und Eigentum heute

mit Prof. Dr. Georg Fülberth.
Der Marxismus erlebt zurzeit eine Renaissance, der erste Band „Das Kapital“ ist von der UNESCO ins „Gedächtnis der Menschheit“ aufgenommen worden. Ist das eine Musealisierung? Nein, wenn man berücksichtigt, was Marxismus von Anfang an war: Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus, Analyse der Klassenverhältnisse und politische Praxis zur Änderung der Eigentumsverhältnisse.. Wie steht es heute damit, insbesondere mit dem letzten Punkt? Das soll in Vortrag und Diskussion erörtert werden.

Kreisparteitag
Der Kreisvorstand hat den nächsten KPT zum 29.11.2013 ab 17.30 Uhr in die Gaststätte "Ritterstuben" einberufen. Thema: Auswertung Bundestagswahlen, Vorbereitung Kommunalwahlen und Wahl der Delegierten zum BPT und zur Vertreterversammlung. Gäste sind herzlich willkommen.

Landesregierung missachtet das Erwerbslosenparlament





Die symbolische Übergabe der letzten Arbeitslosen an einen imaginären Ministerpräsidenten vor Beginn des Erwerbslosenparlamentes hat noch einmal anschaulich gemacht, wie wenig sich die betroffenen Menschen von der Landesregierung noch wahr- und ernstgenommen fühlen.

Offenbar passen die Sorgen und Probleme von Langzeitarbeitslosen nicht in das Bild, welches sich der Ministerpräsident und sein Kabinett beim Blick auf die offizielle Arbeitslosenstatistik stets selbstgefällig malen. Das 16. Erwerbslosenparlament, auf dem die Landesregierung erneut mit Abwesenheit glänzte, hat aber deutlich gemacht, dass dieses Bild trügt. Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Folgen, wie der dauerhafte Hartz-IV-Bezug von 45 000 Kindern und Jugendlichen, sind ein Problem, dem man sich stellen muss. Dazu gehört, dass die Kürzungsorgie bei den Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik endlich gestoppt wird. Die Große Koalition im Bund muss endlich anerkennen, dass Handlungsbedarf besteht. Die SPD darf die Arbeitslosen nicht wieder im Regen stehen lassen, so wie sie es nach der Landtagswahl 2011 getan tat, als sie einen sozialen Arbeitsmarkt versprochen hatte, von dem sie heute nichts mehr wissen will.

Die Linksfraktion unterstützt die Forderungen des Erwerbslosenparlaments, zu denen neben der Einrichtung des sozialen Arbeitsmarktes, der Bereitstellung von mehr Mitteln für die Integration von Arbeitslosen und der Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze auch die Neuordnung des Arbeitsmarktes gehört. Es ist gut, dass sich Arbeitslose und prekär Beschäftigte nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern deutlich machen, dass sie gemeinsam für die Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen streiten.

Eine verantwortungsvolle Landesregierung darf die wesentlichen Probleme, die heute benannt wurden, nicht länger ignorieren. Bei gerade einmal 8900 gemeldeten freien Arbeitsstellen für offiziell mehr als 88 000 Arbeitslose muss es andere Lösungen geben als Sanktionen und den Dauerbezug von Hartz IV.

Wort zum Monat



Von Peter Brill

Es war nur der Anfang

Die Bundestagswahl liegt hinter uns und die nächste Wahl steht vor der Tür. Der Landesparteitag Ende November wird sich mit kommunalpolitischen Grundsätzen befassen. Der Kreisvorstand hat eine erste Wahlauswertung vorgenommen und wird nach der Beratung mit den Basisvorsitzenden und der dortigen Diskussion hierzu eine endgültige Wahlauswertung vorlegen. Gleichzeitig hat er eine AG Kommunalwahlen berufen. Die Stadtfraktion wird sich in ihrer Klausur mit der Vorbereitung der Kommunalwahl befassen. Alle Zeichen stehen auf Kommunalwahlkampf.

Gezielter müssen wir die Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem kommunalpolitischen Treiben suchen. Offensichtlich hat sie ein Ziel über das Wohl der Stadt gestellt. Ihr Hauptziel lautet: Macht die Oberbürgermeisterin schlecht, dann hat DIE LINKE bei der Kommunalwahl schlechte Karten. Bei der Bundestagswahl schafften wir es, in Schwerin nur knapp vor der SPD zu landen. Ob die Rechnung der SPD aufgeht oder nicht, liegt in unserer Hand und eine besonders hohe Verantwortung hat dabei unsere Stadtfraktion. Daher begrüße ich ausdrücklich, dass sich die Fraktion in der Klausur intensiv mit den bevorstehenden Kommunalwahlen beschäftigt.

Als Kreisvorsitzender möchte ich die Fraktionsklausur zum Anlass nehmen, um mich bei unseren Mitgliedern und sachkundigen Einwohnern der Fraktion sowie unseren Mitgliedern in den Ortsbeiräten ausdrücklich zu bedanken. Sie leisten eine engagierte und fleißige Arbeit, die wir nicht hoch genug schätzen können. Sie ist zu einem wesentlichen Teil Aushängeschild unserer Partei in unserer Stadt.

Klar ist dabei, dass auch unsere Fraktion die Auseinandersetzung mit der Oberbürgermeisterin suchen muss. Sie hat als Verwaltungschefin keinen leichten Job und muss in ihrer Arbeit auch Lösungsvorschläge präsentieren, die nicht immer Spiegelbild linker Politik sein können. Hier wird dann auch in Zukunft der Widerstand unserer Fraktion nötig sein. Dass es bisher gelungen ist, diese Diskussion sachlich und ohne Verletzungen zu führen, ist das Verdienst aller Beteiligten. Diese Auseinandersetzung noch transparenter zu gestalten, ist auch eine Aufgabe der Fraktion in der Zeit bis zu den Kommunalwahlen.

Noch in diesem Jahr brauchen wir die Kräfte aller für eine flächendeckende Steckaktion. Eine Zwischenabrechnung nach fünf Jahren Arbeit unserer Oberbürgermeisterin soll möglichst in alle Haushalte. Hier bitte ich alle um ihre aktive Unterstützung. Gemeinsam können wir es schaffen, auch in den letzten Monaten vor der Kommunalwahl unsere erfolgreiche Arbeit fortzusetzen und zu intensivieren. Dies ist die Hauptaufgabe, die in den nächsten Monaten vor uns liegt. So gestärkt wird es uns möglich sein, die Kommunalwahlen mit Schwung, Elan und vor allen Dingen Selbstbewusstsein anzugehen. Dies ist die Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf und ein gutes Wahlergebnis.



Wo Mietpreisbremse draufsteht, ist Mieterhöhung drin!

CDU/CSU und SPD haben sich in ihren Koalitionsverhandlungen zu Fragen von Bauen und Wohnen geeinigt.



Dazu erklärt Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern und Wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:

„Was die Koalitionsunterhändler zum Thema Bauen und Mieten beschlossen und hinter dem Titel „Mietpreisbremse“ versteckt haben, geht in jedem Fall für die Mieterinnen und Mieter schlecht aus:

Im Wesentlichen bleibt alles wie bisher, nur ein bisschen geregelter: bei Vermietung von neu geschaffenem Wohnraum kann der Vermieter ungebremst verlangen, was der Markt hergibt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die ortsübliche Vergleichsmiete und auf den Mietspiegel, in den immer nur die Mieten der letzten vier Jahre einfließen. Bei Weitervermietung von bestehendem Wohnraum soll die Miete nicht mehr unbegrenzt steigen dürfen, sondern „nur“ noch um 10 Prozent über dem Mietspiegel. Auch wenn sich an der Wohnung nichts weiter ändert, als dass Frau A aus- und Herr B einzieht. Bei bestehenden Mietverträgen soll die Miete ebenfalls, ohne dass die Wohnung mit der Zeit auch nur einen Deut besser wird, weiter steigen dürfen. Um 15 Prozent in vier Jahren. Und wenn der Vermieter die Wohnung energetisch saniert, kann er darüber hinaus 11 Prozent der Modernisierungskosten auf die Miete umlegen. Jährlich und das auf alle Zeit. Das sind alles echte Miettreiber, gegen die sich Mieterinnen und Mieter nicht einmal wehren können, weil die Vorgängerkoalition mit dem Mietrechtsänderungsgesetz in diesem Jahr schon alle Grundlagen dafür gelegt hat. Wo also Mietpreisbremse draufsteht, ist nichts weiter drin als gesetzlich regulierte Mietsteigerung. Die Koalitionäre haben sich scheinbar auf einen Kompromiss geeinigt und beide Seiten gehen als Sieger aus der Verhandlung. Wer dabei verliert, ist eh klar - die Mieterinnen und Mieter.

Eine echte Mietpreisbremse geht anders: Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus und rechtliche Regelungen, dass Mieterhöhungen ohne Verbesserung des Wohnwertes und ohne gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Mieter und Vermieter höchstens in Höhe des Inflationsausgleichs zulässig sind."

Volldampf statt Schonfrist



Als Franklin D. Roosevelt 1933 zum Präsidenten der USA gewählt wurde, bat er um eine Schonfrist von 100 Tagen. Nach deren Ablauf sollte sich erweisen, ob sein Reformprogramm „New Deal“ wirkt, dann wollte er sich der ersten Bewertung stellen. Unsere neu gewählte Bundestagsfraktion hat auf ihrer ersten Klausur Anfang Oktober einmütig vereinbart, sich selbst keine solche Frist einzuräumen und diese auch den politischen Kontrahenten nicht zu gewähren. Nichts brauchen wir weniger als Abwarten und Stillstand. Mit einem anspruchsvollen Paket parlamentarischer Initiativen wollen wir bereits in den ersten 100 Tagen des 18. Deutschen Bundestages zeigen, wofür und wogegen DIE LINKE steht, und die anderen Fraktionen inhaltlich herausfordern.

Das erste mit diesem 100-Tage-Programm verbundene Signal richtet sich an unsere Wählerinnen und Wähler. Sie sollen wissen, dass wir im Parlament so handeln, wie wir es im Wahlkampf versprochen haben. Frieden und soziale Gerechtigkeit sind die Dreh- und Angelpunkte unserer Politik, die dafür notwendigen Mittel müssen vor allem durch Umverteilung von oben nach unten gewonnen werden. Deshalb wollen wir eine Gerechtigkeitswende im Steuersystem, wozu unseres Erachtens einerseits z.B. eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Millionärssteuer zählen sollten, andererseits aber auch Vergünstigungen für Normalverdiener.

Wir möchten allen hier lebenden Menschen ein Angebot machen, das wir im Wahlprogramm so beschrieben haben: „Wir streiten für eine Gesellschaft, in der Selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben muss, alle von Arbeit gut leben können, der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die Gesellschaft investiert wird, dass in der Außenpolitik gilt: nie wieder Krieg.“ Deshalb werden von Armut oder Ausgrenzung Betroffene und Bedrohte in der LINKEN immer eine Partnerin haben. Wir wollen zugleich, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Landwirte und andere sich selbst ausbeutende Selbständige mehr vom Reichtum dieses Landes abbekommen, und wir werden uns auch ihrer Interessen annehmen. Soziale Gerechtigkeit, davon bin ich überzeugt, ist ein Anliegen, für das wir bis in Kreise der Wohlhabenden hinein Unterstützerinnen und Unterstützer finden können. Für unverzichtbar halten wir LINKEN sofortige Schritte zur Sicherung elementarer Bedürfnisse: Strom und Miete müssen für alle bezahlbar sein, Bildung und Gesundheit dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen, Altersarmut muss verhindert und die Künstlersozialkasse gesichert werden.

Mit unseren parlamentarischen Initiativen der ersten 100 Tage wollen wir aber auch die anderen Bundestagsfraktionen zwingen, Farbe zu bekennen. So liegen Anträge und Gesetzentwürfe der LINKEN auf dem Tisch mit Forderungen, die SPD und Grüne im Wahlkampf ebenso wie wir vertreten haben. Dazu zählen die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, die Abschaffung des Betreuungsgeldes, die vollständige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe, die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen und der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente. In ähnlicher Weise werden wir die Unionsparteien an deren Forderungen erinnern. Die Ost-West-Rentenangleichung ist beispielsweise ein bis heute unerfülltes Versprechen der Kanzlerin Merkel und der von ihr geführten Regierung. Ebenso harrt die im Grundgesetz verankerte Angleichung der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet der Verwirklichung. Da bleiben wir dran!

DIE LINKE wird Licht ins Dunkel scheinheiliger Politik bringen. Wir nehmen es beispielsweise nicht hin, wenn Entspannungspolitik proklamiert und Waffenexport praktiziert wird, wenn Giftgasangriffe – zurecht! – kritisiert aber mit chemischen Komponenten aus Deutschland erst möglich werden. Schnüffelei ist für uns nicht erst dann ein Problem, wenn es um das Handy der Regierungschefin geht, und der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert neben Bekenntnissen eben auch handfeste finanzielle und andere Mittel.

Von Roosevelt wurde in den 1930er Jahren angesichts der Weltwirtschaftskrise erwartet, dass er mit seiner Politik soziale Not lindert und die Wirtschaft ankurbelt. Ein Politikwechsel wäre 2013 auch in Deutschland nötig und angesichts des Ergebnisses der Bundestagswahl möglich. Nach gegenwärtiger Voraussicht wird aber Merkel und deren Politik behalten, auch wer SPD gewählt hat. Damit wächst die Verantwortung der oppositionellen LINKEN. Der wollen wir uns stellen. Dazu reihen wir uns ein in gesellschaftliche Bewegungen, gehen auf Verbände und Initiativen zu und wünschen uns noch bissigere Gewerkschaften. Die Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE – die wieder gewählten und die neu dazu gekommenen – sind sich am Start in die neue Wahlperiode einig: Es geht um Volldampf statt Schonfrist! **D. Bartsch**



Die neue Bundestagsfraktion

Bericht aus dem Rathaus

CDU fällt um – Übernachtungssteuer kommt dennoch

Von viel Emotion und jeder Menge falscher Behauptungen wurde die erneute Abstimmung zur Übernachtungssteuer in der Stadtvertretung begleitet. Sie war notwendig geworden, weil das Innenministerium den Erstentwurf auf der Basis der Thüringer Praxis für nicht vereinbar mit den Regelungen hierzulande hielt. Wochenlang waren die Branchenverbände und Kammern gegen die geplante Satzung Sturm gelaufen. Dies ist nicht verwunderlich und in gewisser Hinsicht auch normal, sind doch DeHoGa oder IHK auch für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder verantwortlich. Wenn dann allerdings die Redner der CDU-Fraktion Begrifflichkeiten wie „bürokratisches Monster“, „moderne Wegelagerei“ oder „dreister Griff in die Kassen ohnehin gebeutelter Unternehmen“ bemühen, muss man sich doppelt verwundert die Augen reiben. Erstens ist auch die neue, 5-%ige Abgabe ein Durchlaufposten, den die Besucher Schwerins bezahlen, sofern ihre Übernachtung nicht dienstlich veranlasst ist. Folgerichtig ergibt sich zwar ein gewisser administrativer Aufwand, der jedoch zu bewältigen sein sollte. Und zweitens haben die KollegInnen der CDU offenbar vergessen, dass sie die Übernachtungssteuer als Teil ihres 10 Mio. Deals mit SPD, Grünen, FDP und Unabhängigen Bürgern zuvor ausdrücklich bewilligt hatten. Nun ja, ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl sind allerorten Absetzbewegungen erkennbar. Die Linksfraktion hat der Übernachtungssteuer zugestimmt. Und zwar ganz unaufgeregt und ohne Beschimpfungen. Wir sehen hier keine Strafsteuer für Mövenpick-Profiteure, wie die SPD, sondern die Notwendigkeit, auch etwas für die Einnahmeseite des Stadthaushaltes zu tun, wohl bemerkt ohne den SchwerinerInnen in die Taschen zu greifen. Die Abgabe ist nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zulässig, sie ist Normalität in Dresden, Erfurt, Köln, Weimar, Suhl, Gera und Eisenach. Laut DIHT planten allein 2012 siebzig weitere Städte eine solche Abgabe einzuführen.

Privatisierung gescheitert- Schleswig Holstein Haus bleibt städtisch

Eine weitere schallende Ohrfeige für die große informelle Koalition aus CDU, FDP, SPD, Grünen und unabhängigen Bürgern stellt die gescheiterte Privatisierung des Schleswig - Holstein Hauses dar, wie Walter Lederer feststellte. Nachdem diese schon für den Speicher gescheitert war, ist gleiches nun auch für das traditionsreiche Haus in der Puschkinstraße zu verzeichnen. Lediglich 6 Interessenten und 2 konkrete Bewerbungen sprangen heraus. Während die Konzepte durchaus akzeptabel waren, stellte sich schnell heraus, dass die Auflagen aus dem 10 Mio. Sparpaket eine zu große Hürde darstellten. Mit nur 100.000 EUR Zuschuss ist ein solches Haus nicht wirtschaftlich zu betreiben. Daher wird das Haus nun in städtischer Obhut weitergeführt. Allerdings beauftragte die Stadtvertretung die Oberbürgermeisterin damit, ein externes Gutachten in Auftrag zu geben, um die Weiterentwicklung als Kulturforum auf den Weg zu bringen.

Strategiepapier zur Kinder- und Jugendarbeit

Seit längerem ein Ärgernis stellt die Auseinandersetzung um das Strategiepapier zur Jugendarbeit dar. In diesem Papier finden sich Festlegung zur inhaltlichen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit in Schwerin für die kommenden Jahre. Dabei sitzen Träger und Politik an einem Tisch und versuchen aus den schwierigen, finanziellen Rahmenbedingungen das Beste zu machen. Dabei ist eine zeitnahe Verabschiedung wichtig, um den Trägern Planungssicherheit zu geben und zu verhindern, dass gut qualifizierte Sozialarbeiter entlassen werden müssen. Peter Brill adressierte seine Kritik dann auch sehr deutlich. Sozialdezernent Dieter Niesen stehe in der Pflicht, die Hängepartie zu beenden, Absprachen einzuhalten und endlich eine Beschlussvorlage zu präsentieren, die eine Chance hat, im Jugendhilfeausschuss und der Stadtvertretung eine Mehrheit zu bekommen. Zwischenzeitlich hat die Stadtverwaltung einen Kompromissvorschlag ins Verfahren eingespeist. Er sieht vor, die finanziellen Mittel im kommenden Jahr auf dem selben Niveau zu halten, wie bislang und die Kürzungen von 175.000 und 300.000 EUR erst in den Jahren 2015 und 2016 zu realisieren.

LINKE will Konzept für Brachfläche in Krebsförden

Seit Jahren haben die Bewohner der großen Plattenbausiedlung aus DDR-Zeiten das Gefühl ein wenig vergessen zu sein. Nachdem vor einigen Jahren zeitweise in Bürgerforen sehr intensiv über die Perspektiven für Krebsförden West diskutiert wurde, ist es nun wieder ruhig geworden. Zwar wird die Umgebung durch eine Neugestaltung des Grünzuges an der Umgehungsstraße aufgewertet, im Wohngebiet ist jedoch schon länger nichts mehr passiert. Ein Grund für Andrè Walther, Mitglied der Stadtteilorganisation DIE LINKE Krebsförden und Stadtvertreter, aktiv zu werden. Mit einem Nutzungskonzept soll wieder Bewegung in die Sache kommen, damit die Brachfläche zwischen Friedrich Schlie, Benno Völkner und Carl Malchin Straße einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden kann.

LINKE will Bolzplatz für die Weststadt

Seit langem engagiert sich Ortbeiratsmitglied Jan Henning für eine Möglichkeit, Jugendlichen das Freizeitvergnügen Fußball in ihrem Stadtteil zu ermöglichen. Darüber diskutierte er zuletzt im Rahmen der Jugendwahlen 2013 mit jungen Leuten im Westclub One. Einen Fürsprecher hat er dabei in Henning Foerster, der die Initiative in Antragsform in die Stadtvertretung brachte und die Verwaltung aufforderte, Vorschläge für die Umsetzung des Ansinnens zu unterbreiten. So einfach, wie man sich das gemeinhin vorstellt, ist es nämlich nicht. Die erste Idee der Linksfraktion, Freizeitkickern einen Zugang zum Weststadtsportplatz zu ermöglichen, scheiterte bereits an dessen starker Nutzung durch Sportvereine und Schulen und einer wöchentlich begrenzten Nutzungsdauer für die Rasenfläche.

Bericht aus dem Rathaus

LINKE unterstützt Anliegen „Stern der Vereine“

Bereits zweimal trafen sich die Initiatoren des Vereins „Die Platte lebt“ und die Linksfraktion, um über sinnvolle Umgestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten in den Schweriner Plattenbausiedlungen zu sprechen. Eine Idee dabei, die zurück gebauten Platten nicht einfach zerkleinern und im Straßenbau untermischen, sondern für einen Plattenpark mit Pyramide, Irrgarten und weiteren Attraktionen nutzen. Interessante Ideen, die allerdings bei der Haushaltslage der Stadt immer auch automatisch die Frage der Finanzierbarkeit aufwerfen. Ein sehr konkretes, erstes Projekt ist jedoch auch ohne großes Geld machbar – der Stern der Vereine. Dabei sollen 8 WBS 70 Platten mit 6 Meter Länge in Sternform im Mueßer Holz aufgestellt und gestaltet werden. Die Vorderseite wollen 8 Vereine gestalten, die Rückseite sollen Jugendliche mit Graffiti Kunst verzieren. Die Sauberhaltung und Pflege übernehmen die Vereine in Eigenregie, der Abbau der Platten, der Transport und die Aufstellung wird aus Fördermitteln der sozialen Stadt finanziert. Einzige Voraussetzung – eine geeignete Fläche. Diese soll die Oberbürgermeisterin nun auf Antrag der Linksfraktion zur Verfügung stellen, wie Henning Foerster betonte. SPD und Grüne engagieren sich ebenfalls für dieses Anliegen, die CDU möchte allerdings in den Ausschüssen noch einmal darüber diskutieren.

Höhere Aufwandsentschädigungen - Warum?

In Zeiten klammer Kassen sicher eine berechtigte Frage. Allerdings handelt es sich keineswegs um einen Automatismus oder gar die Selbstbedienungsmentalität der Stadtvertreter, wie Gerd Böttger in der Debatte betonte. Ausgangspunkt war die Landkreisneuordnung, in deren Folge der Innenminister des Landes Mecklenburg Vorpommern eine Kommission eingesetzt hatte, um eine Empfehlung für eine neue Entschädigungsverordnung zu erarbeiten.
Dahinter steckte die Erkenntnis, dass der Arbeitsaufwand in den kommunalen Vertretungen stark angestiegen sei und man dies honorieren müsse, um auch in Zukunft genügend Kandidaten aus möglichst allen Bevölkerungsschichten für ein kommunales Ehrenamt gewinnen zu können. In den neuen Großkreisen kam zusätzlich noch der gestiegene Aufwand aufgrund der langen An- und Abreisewege dazu. Die Kommission, der unter anderem Gewerkschaften, Städte- und Gemeindetag sowie Steuerzahlerbund angehörten, empfahl eine Aufwandsentschädigung von 60 EUR pro Sitzung. Welchen Betrag sie tatsächlich in Anwendung bringen, darüber sollten jedoch die Stadtvertretungen und Kreistage selbst entscheiden. Die Stadtvertretung Schwerin hat sich für eine Aufwandsentschädigung von 50 EUR entschieden.

D. Halle statt Abriss

Ein weiteres Vorhaben im Schweriner Süden betrifft die ehemalige Kaufhalle Hegelstraße. Sie nicht einfach abzureißen und Rasen anzusäen, sondern zu prüfen, ob ein Verkauf an die Vereine möglich ist, die Skaterbahn, Cafe, Fahrradparcours und andere Ideen darin verwirklichen wollen, dafür sprach sich namens der Linksfraktion auch Martin Frank aus.

Vom 08. -09.11.2013 geht die Stadtfraktion in Klausur. Im Mittelpunkt werden die Bewertung der bisherigen Arbeit und die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 stehen.

WGS - neuer Geschäftsführer

Thomas Köchig heißt der neue Mann mit langjährigen Erfahrungen in der Wohnungs- und Finanzwirtschaft. Der Lübecker kennt Schwerin und war zuletzt Geschäftsführer des kommunalen Wohnungsunternehmens in Eberwalde. Da Thomas Köchig seinen Dienst aufgrund vertraglicher Verpflichtungen erst im neuen Jahr antreten kann, wird die WGS übergangsweise von Ingo Funk, Mitarbeiter der Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung geleitet.

LINKE will raschen Verzicht auf Senkung der Rentenbeiträge nicht abnicken



Vorsitzender Bernd Riexinger, ist nicht bereit, im Bundestag die Tür für einen raschen Verzicht auf die Senkung der Rentenbeiträge zu öffnen. "Der Griff in die Rentenkasse fällt aus", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung". "Auch eine große Koalition muss sich an Fristen halten. Der Bundestag ist doch kein Abnickverein für noch nicht beschlossene Koalitionsverträge. Die Frage nach einem Fristverzicht stellt sich nicht." Die Linke sei durchaus willens, vor der Regierungsbildung über Gesetze abzustimmen, so Riexinger. "Aber dann kommt zuerst die Einführung des Mindestlohns und dann die Abschaffung des Betreuungsgelds." Berichten zufolge wollen Union und SPD gemeinsam verhindern, dass der Beitragssatz zum Jahreswechsel von 18,9 auf 18,3 Prozent sinkt, um mit dem einbehaltenen Geld neue Rentenleistungen zu finanzieren. Nur durch eine rasche Gesetzesänderung - die noch bis Anfang Dezember möglich ist - ließe sich der Senkungs-Automatismus abstellen. Nach Angaben der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wird derzeit geprüft, ob auch die Oppositionsfraktionen von Grünen und Linke in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden sollen, um parlamentarische Fristverkürzungen erreichen zu können.

Übergabe Fußballplatz





Am 24. Oktober wurden die neuen Fußballplätze im Lankower Sportpark übergeben. Für fast 1,5 Mio. EUR wurden ein neuer Natur- und Kunstrasenplatz inklusive Flutlicht und Drainage errichtet. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung wirkliches Fußballzentrum. Die Abgeordneten der LINKEN Dietmar Bartsch (MdB), Helmut Holter (MdL) und Henning Foerster (MdL) probierten sich als erste Nutzer der neuen Anlage.

Stadtbibliothek Schwerin in neuen Räumen





Weil die Bibliothek der Landeshauptstadt Schwerin unter dem Gewicht ihrer Medien zusammen zu brechen drohte, wurde sie im Mai 2012 teilgesperrt. Zwei Drittel des Bestandes wanderten ins Magazin. Darunter Teile der Belletristik, die komplette Sachliteratur und der gesamte Präsenzbestand. Seitdem gingen die Entleihungen um fast ein Viertel zurück. Vor allem die Schüler blieben weg. Pünktlich zum Tag der Bibliotheken 2013 war es dann endlich soweit: Die Bibliothek konnte in ihren neuen, hellen Räumen im Klöresgang 3 in den Schweriner Höfen wiedereröffnet werden.

Satire + Satire + Satire

Wenn eine EC-Innen-Kommissarin nach dem Ertrinken von hunderten Flüchtlingen aus Afrika mit betroffener Stimme fordert, dass mehr Anstrengungen in der Flüchtlingshilfe unternommen werden müssen, dann meint sie damit genaugenommen nur, dass man für Lampedusa dreißig neue Rettungsringe anschaffen sollte.

Allerdings sollen diese dann nur den Opfern zugeworfen werden, die eine gültige Einreisegenehmigung vorzeigen können.

Es ist im Grunde egal, in welcher Koalition Angela Merkel weiter regiert.
Zu ihrem seit Jahren erfolgreichen Nicht-Regieren braucht sie eigentlich keine. Nur Claqueure.

Eine breite Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine Große Koalition, obwohl sie genau weiß, was auf sie zukommt. Naturforscher erklären dieses Phänomen mit einer interessanten Beobachtung, die sie bei verschiedenen Tests mit einer größeren Anzahl nicht wahlmündiger Ratten gemacht haben. Diese schwammen auf ein sinkendes Schiff zu.

Herzliche Glückwünsche

Von der Stadtteilorganisation Krebsförden erhalten nachträglich die allerherzlichsten Glückwünsche,
Genossin Birgit Trübe zum 53.,
Genosse Matthias Filter zum 48. und Genossin Ingrid Kratscheke zum 86. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 gratulieren zum Geburtstag nachträglich, Genossin Hilde Parchmann zum 89.,
Genossen Norbert Senk zum 56.,
Genossen Fred Lassig zum 67.,
Genossen Günter Rzehak zum 65.,
Genossen Heinz Pawlitzok zum 77. und
Genossen Hans Schmal zum 81. Geburtstag.
Am 19. November begeht Genosse Karl-Heinz Werther seinen 60. Geburtstag.
Auch dazu die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen.

Genosse Walter Lederer und Genosse Helmut Herzog erhalten nachträglich herzliche Glückwünsche zu ihrem Geburtstag von der Stadtteilorganisation Friedrichsthal.

Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Michael Schmidt zu seinem 37. Geburtstag.
Am 21.11. begeht der Genosse Kurt Brückner seinen 79. Geburtstag.
Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

MEINUNGEN

Selbst-anzeige

Vor nicht allzu langer Zeit forderte Unionsfraktionschef Kauder, ,,noch einmal über ein strafrechtliches Verbot des Tragens von Symbolen des DDR-Staates nachzudenken´´. Damit würden die Opfer der unmenschlichen SED-Diktatur´´ verhöhnt. Im Jahre 2011 hatte übrigens schon die Junge Union beim Bundesparteitag der CDU den Vorschlag gemacht, ,,die Verbreitung und Verwendung von Symbolen aus der Zeit der DDR – analog zu rechtsradikalen Symbolen(!) – strafbar zu machen. Nun muss ich persönlich vorbeugen, denn ich fand beim Schränkesortieren mein Abzeichen ,,Brigade der sozialistischen Arbeit´´. Ich habe große Angst vor strafrechtlicher Verfolgung und möchte mich deshalb sofort selbst anzeigen. Ich bekenne mich schuldig. Verschont mich! Niemand hat mich gefragt, ob ich in die DDR hineingeboren werden möchte. Dennoch bekenne ich mich schuldig, dass ich in diesem Staat gerne gearbeitet und trotz dreier Kinder keine Herdprämie eingefordert habe. Statt dessen wurden meinen Kleinen im Kindergarten (für 15 DDR-Mark Essengeld im Monat) gezwungen, Volkspolizisten zu achten und ein Bild von der 1.Mai-Demonstration zu malen. Ich bekenne mich schuldig, dass sich meine Kinder auch heute noch mehr für ihre Mitmenschen interessieren als für die neue Kollektion von Herrn Glöckner und das tragische Leben der Daniela Katzenberger. Ich bekenne mich schuldig, dass mich das Drohnendebakel und die Verschwendung einer halben Milliarde Euro an Steuergeldern nicht mehr aufregen, als die Kürzung eines Lebensunterhaltsexistensminimums minderbegüterter Individuen wegen Ablehnung einer Leibeigenschaft durch eine Leiharbeitsfirma.

Birgit Gläser –Weise

(Gekürzt aus ,, Linker Blick´´, Zwickau)

Wahlanalyse - Wahlfragen

Angeregt durch unsere Mitgliederversammlung der Stadtteilorganisation Innenstadt mit einer ersten Auswertung der Bundestagswahl, insbesondere bezogen auf unseren Wahlkreis, möchte ich einige Gedanken und zum Teil auch Fragen anknüpfen, die mich bewegen.

Ich teile zunächst die Auffassung, dass unsere Partei unter den gegebenen politischen Bedingungen in der Bundesrepublik, auch angesichts mehrerer Niederlagen bei vorangegangenen Landtagswahlen, ein achtbares Ergebnis erzielt hat. In Talkshows und in der Presse habe ich zum Teil von uns durchaus nicht wohlgesonnenen Journalisten zuweilen die Ansicht gehört, dass die LINKE in der Bundesrepublik insgesamt offensichtlich einen festen Platz einnimmt und nicht mehr einfach „weggewählt" werden kann. Ich glaube, dass wir bei der weiteren Analyse der vorliegenden Zahlen-Ergebnissen in den einzelnen Ländern, Regionen, Wahlkreisen, Städten und Gemeinden nur zu begrenzten neuen Erkenntnissen kommen, was die Rolle der LINKEN in der Bundesrepublik betrifft. Mir scheint, dass wir vor allem ehrlich und selbstkritisch die Frage beantworten müssen:

„Warum werden wir und von wem gewählt, aber auch insbesondere nicht gewählt?" und auch die Beantwortung der Frage „Was ist das Wahlergebnis hinsichtlich unserer Chancen für Veränderungen in der bundesdeutschen Republik tatsächlich wert?" sollten wir weiter erörtern. Aus meiner Sicht zeigt das Wahlergebnis, dass eine relativ große Mehrheit der Bevölkerung – Meinungsumfragen sprechen von ca. 75 % - mit seiner gegenwärtigen persönlichen Situation insgesamt durchaus zufrieden ist. Hinzu kommt, dass in dieser Situation eine deutliche Mehrheit auch nicht glaubt, dass sich aktuell etwas grundlegend verändern lässt. Ich teile die Auffassung, dass der gesamte Wahlkampf nicht durch tiefgründige Erörterungen mit den Menschen über die verschiedenen Programme der Parteien gekennzeichnet war, sondern durch oberflächliche Losungen und Vereinfachungen. Dabei hat insbesondere die CDU/CSU mit solchen ständig wiederholten Aussagen und Losungen:

„Deutschland geht es gut", „Wir haben die seit langem geringsten Arbeitslosenzahlen", „Wir haben führend in Europa am besten die Krise gemeistert", „Weiter so", „Angela Merkel ist der Garant dafür", Wirkung erzielt.

Damit will ich eine in der politischen Diskussion geäußerte Auffassung unterstützen, die einschätzt, dass gegenwärtig in der breiten Masse der Bevölkerung keine so genannte „Wechselstimmung" zu erkennen ist. In diesem Zusammenhang bewegt mich auch die Frage, was wir als LINKE unter einem notwendigen Politikwechsel tatsächlich inhaltlich und erkennbar für die Bürgerinnen und Bürger verstehen. Mit dieser Aussage haben auch die SPD und die Grünen für eine anzustrebende Rot-Grüne-Koalition im Bundestagswahlkampf geworben. Unsere Aussage, dass wir nur zu einer Koalition oder Tolerierung bereit sind, wenn es zu einem echten Politikwechsel kommt, muss meines Erachtens weiter inhaltlich erklärt werden. In diesem Zusammenhang gehört nach meiner Meinung auch die Beantwortung der Frage `deutlich zu artikulieren, wessen Interessen wir vertreten.` Ich halte die Aussage für richtig, dass wir „dem Osten" eine deutliche Stimme verleihen müssen, genauso wie den sozial Benachteiligten – aber reicht das?`

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl sieht es so aus, als gäbe es mit SPD, Grünen und uns eine knappe „linke" Mehrheit. Ich habe aber dabei meine Zweifel. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass es eher eine „rechte" Mehrheit gibt, wobei mir die Einteilung in „rechts" und „links" immer etwas oberflächlich und zu stark vereinfacht erscheint. Wir haben meines Erachtens auch weiter die Frage zu diskutieren, mit welchen parlamentarischen und außerparlamentarischen Verbündeten und Partnern wir Veränderungen durchsetzen können.

Zusammenfassend will ich zum Ausdruck bringen, dass ich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl zum Teil mehr Fragen als neue Erkenntnisse habe. Auch bei dieser Bundestagswahl hatten die Wählerinnen und Wähler im Grunde keine echte Entscheidung für eine grundsätzlich andere Politik. Das ist für mich auch Beleg dafür, dass nahezu 30 % der Wahl fern blieben, auch wenn Bundespräsident Gauck ihnen einreden wollte, dass Wahlen eine Sternstunde der Demokratie seien.

Martin Gabler

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de

Die nächste Ausgabe erscheint am 06.12.2013, Redaktionsschluss ist der 29.11.2013.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Schüler entdecken Politik – Projekttage bei der LINKEN

Die 2014 anstehenden Kommunal- und Europawahlen waren das Thema eines Projekttages, den 80 Schülerinnen und Schüler der IGS Berthold Brecht jüngst in den Schweriner Ritterstuben verbrachten.



Nach dem Aufwärmen in Form einer Gruppenarbeit zu den EU-Mitgliedsstaaten, diskutierten die Jugendlichen ihre Vorstellungen von Europa mit dem Landtagsabgeordneten Henning Foerster und dem Stadtvertreter Peter Brill. Eingespielte Filmsequenzen vermittelten Informationen zu den EU-Institutionen, den in der Bundesrepublik zur Wahl stehenden Parteien und dem Wahlverfahren zum EU-Parlament. Im Anschluss konnten die Jugendlichen anhand von Musterwahlzetteln aus dem Jahre 2009 selbst einen Wahlgang durchführen. Nach einer Pause folgte dann der Einstieg in die Kommunalpolitik. Nach einem weiteren Trailer zu den Aufgaben von Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistagen und dem Wahlverfahren, wurde die Frage „Was würdest Du gern verändern, wenn Du Stadtvertreter in Schwerin wärst?“ erörtert. Dabei fand sich eine Fülle von Vorhaben, ganz vorn stand der Wunsch nach einem attraktiven Freizeitangebot, der Ansiedlung einer Universität, preiswerten Nahverkehrstickets, gutem und preiswertem Schulessen und weniger Schulstress. Nicht alles lässt sich stadtpolitisch beeinflussen und auch zur Finanzierbarkeit dieser Anliegen gab es eine rege Debatte. Den Schluss bildete auch hier wieder eine Testwahl, bei der Jugendlichen alle denkbaren Varianten nutzten, um ihre drei Stimmen abzugeben. Unterm Strich zwei spannende Tage, die eines deutlich zeigten: die pauschale Einschätzung, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren, ist falsch.



Zur Situation der maritimen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Cafe Courage" diskutierte die Landtagsabgeordnete Simone Oldenburg mit Helmut Holter und der Betriebsrätin der Nordic-Yards-Werft, Ines Scheel, im Technologie- und Gewerbezentrum (TGZ) in Wismar.

Schnell wurde klar, dass man heute von maritimer Wirtschaft sprechen muss, da die Zeit der "reinen" Werften vorbei ist. Heute werden neben Schiffen Plattformen für Offshore-Windparks und andere, die Schifffahrt unterstützende bzw. nicht tangierende Produkte hergestellt.

Die Forderung der Gesprächsteilnehmer war einhellig: die Werften müssen zur Chefsache gemacht werden und neben schönen Worten müssen endlich Taten zu sehen sein! So ist es zum Beispiel nicht hinnehmbar, dass der Bürgschaftsrahmen des Landes für die Werften lediglich 200 Millionen Euro beträgt - kostet doch allein eine Offshore-Plattform ca. 400 Millionen Euro.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass es auf den Werften gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal gibt. Damit ist (noch) gewährleistet, dass auch komplizierte Aufträge in hoher Qualität abgearbeitet werden können. Deutlich wurde aber auch, dass der demographische Aspekt - fehlende junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren wollen - um die Werften keinen Bogen macht. Kritisch wurde das Handeln der Landespolitik benannt. Die gegenwärtigen Probleme hinsichtlich fehlender Arbeitskräfte bzw. des Nachwuchses waren langfristig abzusehen. Es erfolgte jedoch keine Reaktion der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Statt Parteienpolitik forderten die Teilnehmer der Beratung einen Wettstreit der Ideen und konzeptionelles Handeln der Landesregierung.